swb-dokument

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **60 (1973)**

Heft 9: **Stadtutopie/Stadtplanung**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

swb-dokument

Trotzdem: die Stadt von morgen ist nicht die Stadt von gestern

Vor wenigen Jahren noch galt der "utopische" Städtebau als Schlüssel für eine neue, schönere und auch bessere Zeit, dem nachindustriellen Zeitalter. Jetzt, da es langsam Wirklichkeit wird, tauchen Parallelen auf. Man erinnert sich: auch das industrielle Zeitalter wurde einmal als goldenes Zeitalter angekündigt und brachte dann die Proletarisierung der grossen Massen. Dramatische Nebenwirkungen zeichnen sich auch für das nachindustrielle Zeitalter ab. Aber sie sind nicht so sehr wirtschaftlicher wie psychischer Art.
Da sich das industrielle Zeitalter durch die Dominanz der Dienstleistungen auszeichnet und der Standort der Dienstleistungen die Stadt ist, bedroht das aufbrechende "goldene" Zeitalter vor allem die Stadt. Es bringt dem Städter Entmischung, Isolierung, neue Entfremdung, Neurosen und immer grössere Abhängigkeit von wenigen anonymen Mächten.
Und während sich die Konturen der neuen Zeit langsam abzeichnen, macht sich das Heimweh nach der "heilen" Stadt allenthalben breit. Trotzdem: die Stadt von morgen ist nicht die Stadt von gestern. Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen. Auch bestehen viele positive Möglichkeiten, aus der Stadt etwas Besseres zu machen, als die düsteren Trends heute glauben machen. Aber dann dürfen wir den Umbruch nicht länger dem Zufall des Marktes, dem Recht des wirtschaftlich Stärkeren überlassen. Die Stadt von morgen zu bauen, dass sie den menschlichen Bedürfnissen entspricht, wird mehr als ein Sonntagnachmittagsspaziergang sein. Uebrigens: ein entsprechender grundsätzlicher Beitrag des Werkbundes steht noch aus.

Ruedi Jost

Unsere Umwelt verändert sich (nicht der Mensch)

Von Werner Geissberger

Wir bewohnen einen andern Planeten als unsere Grossväter. Vor ihrem innern Auge erstreckten sich grenzenlose Landstriche. Amerika lockte, das endlose Russland schien kaum bevölkert, die weissen Flächen auf den Landkarten deuteten menschenleere Urwälder, Prärien und Steppen an. Heute erkennen wir auf der Photographie der Mondfahrer einen kleinen, blauen Planeten im unwirtlichen All, auf dem beinahe vier Milliarden Menschen herumkrabbeln. Die Wissenschaft warnt: Die Bevölkerungsexplosion wird zu einer Verknappung der Nahrungsmittel und Rohstoffe führen. Die Umweltzerstörung, die gleich einem Krebsgeschwür wuchert, signalisiert die Krankheit der Erde. Die Menschen in den Ballungsräumen reiben sich aneinander.
Die Menschenmassen drängen in die Städte. Im Jahre 2000 werden beinahe 80% aller Erdbewohner im Häuserdickicht verstädterter Agglomerationen hausen. Doch während die Stadtlandschaft uferlos wird, stirbt die Stadt.
Wie lässt sich diese paradoxe Situation erklären? Nehmen wir die schweizerischen Verhältnisse unter die Lupe, die diesen weltweit zu beobachtenden Vorgang in exemplarischer Art verdeutlichen: In unserm Land, das vor einem Menschenalter noch in Dorf, Kleinstadt und städtisches Zentrum klar gegliedert war, quillt heute der Häuserbrei gleich einer trüben Flut überbordend aus dem städtischen Becken. Im gleichen Rhythmus, wie der Stadtkern verödet, wächst der Agglomerationsring im Dunstkreis der Stadt. Die Bewohner der Vororte haben in den letzten zehn Jahren um eine Million zugenommen. In den Herzen der Städte aber beobachten wir einen ähnlichen Trend wie in den Dörfern bäuerlich geprägter Landstriche und der Berggebiete. Obschon sich die Bevölkerung der Schweiz in den letzten hundert Jahren mehr als verdoppelt hat, hat sich in diesem Zeitraum die Einwohnerzahl in tausend Dörfern und in sämtlichen Kernzonen der Grossstädte verringert. Der Exodus der Bevölkerung aus diesen das Sozialleben bestimmenden Gemeinschaften zerstört die demokratische Sozialstruktur unseres Lebensraumes. Die Volkskultur des einstigen "Volks der Hirten" ist zur Folklore, zur Touristenattraktion degeneriert. Gleichzeitig aber zerfällt auch die städtische Polis. Dabei ist der Verfall einer von den Bürgern getragenen Stadtkultur in den reichsten Städten, in denen die geschäftstüchtige City den Lebensstil bestimmt, am deutlichsten spürbar.
Die lebendige Demokratie ist auf den in seinem Kulturkreis beheimateten, sesshaften und selbstbewussten Bürger angewiesen, der sich vor den Mächtigen nicht fürchtet. Die heutigen Lebensbedingungen aber fördern die Entfremdung. Der ziellos in der ungeformten Agglomeration eine Heimstätte Suchende wird zum Fremdling in der eigenen Heimat.
Ergebnis: Trotz wachsendem privatem Wohlstand verschlechtern sich die Lebensbedingungen des Volkes. Der Psychiater Alexander Mitscherlich fand die treffendste Bezeichnung für das Krankheitsbild der Siedlungsstruktur, indem er die "Unwirtlichkeit unserer Städte" anprangerte.
Hier treten die innern Widersprüche zutage, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet sind und nur durch systemüberwindende Reformen gemildert werden können. Der wirtschaftspolitische Mechanismus zwingt die Rendite in die Rolle eines unheimlichen Lenkers der Siedlungsentwicklung. Vor der Machtfülle der Rentabilität - die beim Bodenhandel nota bene ohne Berücksichtigung der sozialen Kosten ermittelt wird! - pflegen Landesplanung und Städtebaukunst zu kapitulieren.

- Die teuersten Grundstücke liegen in den Geschäftszentren. Die Rendite befiehlt, dass hier die Bürohäuser florierender Geschäfte und Banken himmelwärts ragen. Gemütliche Restaurants und die meisten Ladengeschäfte vermögen die Grundrente nicht zu erwirtschaften und werden verdrängt. Wohnungen sind unerschwinglich. Alteingesessene Stadtbewohner werden verjagt.
- Alle schönen und verkehrsgünstigen Wohnlagen an den Hängen oder den Seeufern werden von den Reichen besetzt, die hinter ihren Gartenzäunen die "goldenen Hügel" zu Ghettos der finanziellen Oberschicht ausbauen.
- Arbeiter und Angestellte werden in die Vorortsgürtel abgedrängt. Die Pendlerströme wachsen, das Verkehrs-

chaos ist unvermeidlich.
• Die Zahlungsschwächsten werden "ausgesiebt": alte Leute, kinderreiche Familien, Zuwanderer aus den Entleerungsgebieten und das ausländische Proletariat.

Damit erweist sich das heutige Boden (un)recht als jene zentrale Triebkraft, die zur Zerstörung der lebendigen, durchmischten Stadt führt.
Die Unwirtlichkeit der Stadtlandschaft aber ist ja bloss das Spiegelbild einer gesellschaftlichen Krise, deren zerstörerische Kräfte jäh sichtbar geworden sind. das profitorientierte Denken trägt - als Sachzwang getarnt - jene Barbarei in die Stadt hinein, die bedenkenlos soziale Innenräume dem Verkehr opfert, Baumgruppen durch Parkingmeter ersetzt, den Kindern die Spielplätze einengt, dem Bürger das Forum raubt, auf dem er sein "Lebenstheater" als anerkannter und bekannter Rollenträger spielen könnte. Die gestörte Harmonie des Lebensraumes dämpft die Fröhlichkeit und Vitalität des Menschen im Ballungsgebiet.
Vermutlich ist unsere Skizze zu einseitig und mit zu dunkeln Farben gezeichnet worden. Wer aber heute, wo die Zerstörung der Landschaft verheerende Formen annimmt, noch immer schweigt, schadet der Heimat. In unserer Demokratie sollte die Mehrheit des Volkes erkennen können, dass nur wenige vom altverbrieften Recht auf Bodenspekulation profitieren, das Land in seiner Gesamtheit aber geschädigt wird.
Dieses Land jedoch ist unser Heim und unser Garten. Wenn wir diesen Lebensraum nicht zur heimeligen Wohnstätte machen könnten, dann müssten kommende Generationen als Fremde in unwirtlichen Städten leben. So wie frühere Geschlechter die Allmend durch gemeinsame Rodungen erweiterten, das Dorf durch Lawinenverbauungen schützten, so haben wir durch neue Rechtsnormen die Gruppeninteressen in ihre Schranken zu weisen, um die Zerstörung von Mensch, Stadt und Natur zu verhindern.

"Wirklich eine gute Wohnlage"

Von Kurt Gloor

Die Siedlung "Sunnebüel" gilt als typische Grossüberbauung im Grünen. Es leben hier ungefähr 4000 Menschen, davon etwa 1500 Kinder.
Das Angebot an Kinderspielplätzen und an Bewegungsraum für die Kinder im Freien ist im Vergleich mit andern Grossüberbauungen überdurchschnittlich - sonst fehlt hier noch ziemlich alles, was auch in anderen modernen Schlafstädten fehlt: Es fehlen leistungsfähige öffentliche Verkehrsverbindungen in die Stadt, es fehlen genügend Kindergärten und Kindertagesstätten, es fehlen Freizeit- und Unterhaltungsmöglichkeiten, es fehlen kulturelle Möglichkeiten zur Kommunikation, die erst Voraussetzung für das Zusammenleben wären. Es fehlen Anregungen, es fehlt Abwechslung - was im "Sunnebüel" nicht fehlt, ist der Fluglärm.

Auf den insgesamt 15 Spielplätzen stehen den ungefähr 1500 Kindern folgende Spielobjekte zur Verfügung: 20 Reitschaukeln, 14 Sandkästen, 12 Rutschbahnen, 8 Balkenschaukeln, 5 Beton- oder Pfahlgebilde, 3 Klettergerüste, 2 Baumstämme, 2 Brunnen ohne Wasser, 1 Brunnen mit Wasser, 1 Reck, 1 Halbkreis mit eingegrabenen Fässern, 1 Hängebrücke, 1 Steinbett und 9 Entlüftungsschächte, die die Autoabgase aus den unterirdischen Einstellgaragen auf die Spielplätze blasen. (Filmkommentar aus "Die grünen Kinder".)

Frau R.: "Ich könnte mir also nicht vorstellen, dass ich beispielsweise arbeiten gehen würde und einfach die Kinder alleine lassen würde. Sie würden einfach herumlümmeln, habe ich das Gefühl, einfach herumstehen, ein wenig herumvelofahren und sich nicht richtig zu beschäftigen wissen. (...) Und es wird immer schwieriger werden. Darum gehen wir sehr viel fort mit den Kindern. Die 10- und 12jährigen können sich schon nicht mehr gut, richtig und sinnvoll beschäftigen hier auf dem Spielplatz."

"Der erholsame Spaziergang oder die Wanderung über die umliegenden Höhenzüge mit ihren Wäldern kann von den Neubauten Sunnebüel aus gleich bei der Haustüre beginnen." (Originaltext Werbebroschüre.)
Die Siedlung liegt ausserhalb der Bauzone auf sogenanntem "übrigem Gemeindegebiet", und zwar einige hundert Meter in der direkten Fortsetzung der Startpiste des Militärflugplatzes Dübendorf. Pro Jahr werden etwa 25000 Start- und Landebewegungen auf dem Flugplatz durchgeführt.

Frau S.: "Es gibt natürlich schon Tage, an denen man ein wenig diffiziler ist und der Fluglärm einen dann schon ein wenig niederdrückt. Aber, äh, ich meine, irgendwie müssen wir ja froh sein, irgendwo muss ja der Flugplatz auch vorhanden sein, oder! Man kann ihn nicht überall verbieten, wo sollten sie denn sonst bald noch fliegen?"
"Hineingestellt in weite Grünflächen, umgeben von lichten Bäumen, gliedern sich hier die modernen Neubauten gegen den sanft ansteigenden Südhang hin und setzen mit ihrer grosszügigen Konzeption im Landschaftsbild markante Akzente." (Werbebroschüre.)

Herr V.: "Wenn es regnet? Entweder sind sie (die Kinder) in der Wohnung, tun da ein wenig 'bäbele', 'mütterle' oder was es alles so gibt bei Mädchen. Wenn es ihnen in der Wohnung plötzlich langweilig wird, dann gehen sie zur Freundin. Oder eben, was noch viel gemacht wird: sie spielen oft im Treppenhaus draussen. Das ist ja eben peinlich, dass sie da im Treppenhaus spielen müssen."
"Bei schlechtem Wetter wird der Spiel- und Bastelraum im Kellergeschoss besonders geschätzt." (Werbebroschüre.)

Frau S.: "Wir haben Freizeiträume gehabt, die wurden aber wieder abgeschafft, weil die Kinder scheinbar drin gespielt und mit Sand drin gespielt haben, und das haben die Abwarte nicht so gern gehabt. Und so wurden die Freizeiträume jetzt zugemauert und als Abstellräume oder - wie sagt man? - als Lagerraum vermietet, also jetzt kann man sie mieten."
"Die Kinderspielplätze sind abseits der Hauptzufahrtstrassen und im Blickfeld der meisten Wohnungen angeordnet." (Werbebroschüre.)

Frau M.: "Seit ich da bin, sind 5 oder 6 Kinder getötet worden durch die Autos. Das ist das einzige, was mir Angst macht, sonst gibt es keine andere Gefahr da. Aber da unten oder auch da, die fahren immer so schnell, und die Kinder sind immer mit den Velos... 5 oder 6 Kinder in 4 Jahren. Letzte Woche eine Siebenjährige da oben - auch tot."
"Und welche Beruhigung für Sie, Ihre Lieblinge im Blickfeld der Wohnung zu wissen." (Werbebroschüre.)

Frau B.: "Ja also, den richtigen Hergang weiss ich also selber nicht. Ich weiss nur, dass er unter ein Auto gesprungen ist, und dann habe ich mich eigentlich - oder als er dann starb -, habe ich mich um das Ganze eigentlich nicht mehr so gekümmert. Ich weiss nur, dass er auf einer Strassenseite stand und ihm ein anderes Kind rief und dass er dem Autofahrer gerade daruntersprang, und mehr weiss ich eigentlich auch nicht. Er war dann noch 2 Tage in Uster und ist dann gestorben."
"Wirklich eine gute Wohnlage, in mancher Hinsicht." (Werbebroschüre.)

Bauen kann man nur noch im "übrigen Gebiet"

Von Lucius Burckhardt

In letzter Zeit ist viel über Göhner und Göhnerswil geschrieben worden; Studenten stellten Göhner als den kapitalistischen Bösewicht dar, der mit durchtriebenen Machenschaften riesige Gewinne anhäuft. Dementis und Leserbriefe versuchten, das Image des Unternehmers dadurch zu retten, dass sie hervorhoben, er habe mit Taten gegen die Wohnungsnot angekämpft und tatsächlich relativ preiswerte Häuser erstellt. Der Zürcher Stadtpräsident Widmer ging so weit, Ernst Göhner in eine Reihe mit dem Wohltäter Gottlieb Duttweiler zu stellen, mit dem er vielleicht einige Aehnlichkeit hat, bis eben auf den entscheidenden Unterschied, dass der eine sein Vermögen verschenkt, der andere es für sich behalten hat.

Fruchtbarer als solche Streitschriften pro und kontra Göhner wäre die Hypothese, dass es sich bei Göhners Unternehmungen auf dem Wohnsektor nicht um exzeptionelle Schlaumeiereien, sondern um den - wohl gross dimensionierten - Regelfall handelt. Göhner zeigt, wie es demjenigen gehen kann, der in der kleinteiligen und hektischen Baubranche grosse Produktionen aufziehen will. Göhner produzierte Bauteile. Um einen hohen Mechanisationsgrad halten zu können, musste er sich einen regelmässigen Absatz sichern. Um im Bausektor einen regelmässigen Absatz zu haben, muss man selber bauen. Um regelmässig bauen zu können, muss man Bauland vorrätig haben.

Dabei machte nun Göhner eine Entdekkung, die andere vor ihm und nach ihm auch machen mussten, so beispiels-

weise sein intimer Verehrer Stadtpräsident Widmer, der auszog, seinem Volk ohne Raum neuen Wohnraum zu beschaffen. Die Entdeckung besagt, dass überall dort, wo Planung stattgefunden hat, der Boden entweder als Bauland eingezont oder als "übriges Gebiet" nicht bebaubar ist. Das eingezonte Land hat einen Preis, der denjenigen, der Land für Wohnbauten kauft, in Konkurrenz setzt mit allen anderen Nutzungen, was seine Wohnungen als Wohnungen zu teuer macht. "Ich fliehe die Planung", sagte Göhner in einer Sitzung der beratenden Kommission des Institutes für ORL-Planung, "sie ist es, die mich mit meinen Wohnbauten so weit von den Arbeitsplätzen forttreibt." Widmer ging einen anderen Weg, der allerdings weniger weit führte: er griff nach dem städtischen Waldgebiet, das von wirksameren Gesetzen geschützt wird als das übrige Gemeindegebiet von Volketswil. Das Spiel, das Göhner und Gelpke in Volketswil spielten, ist bekannt; weniger bekannt ist, wie Gelpke der Basler chemischen Industrie in ähnlicher Weise zu einem bebaubaren Gebiet ausserhalb der Bauzone von Rheinfelden verhalf.

Alle diese Vorgänge erhärten nur die Regel, die in Anlehnung an eine Formulierung von Marx so umschrieben werden kann: Eingezontes Land ist Bauland für Nicht-Bauleute, Nicht-Bauland für Bauleute. Dadurch nämlich, dass das eingezonte Land im Handel als Bauland gewertet wird, ist es für das Bebauen mit Wohnungen zu teuer. Eingezontes Land ist so teuer, dass es von den Besitzern sorgfältig und in kleinen Stücken gehandelt wird. Einmal deshalb, weil die originalen Besitzer oft kleinere Leute sind, die keine grossen Kapitaltransaktionen durchführen, und zum andern deshalb, weil Bauland, massenhaft auf den Markt gebracht, im Preise sinkt. Der Wert des Baulandes erklärt sich ja aus seinem (vermeintlichen) Mangel; wäre alles ausgeschiedene und unbebaute Bauland um Zürich oder um Basel zu kaufen, so entstünde anstelle von Mangel eine Preisbaisse.

Diese Landhortung des zufälligen Besitzers und die tropfenweise Abgabe nach zufälligem Geldbedarf widerspricht nun nicht nur den Absichten der grossen Bauindustrie, sie widerspricht den Interessen der gesamten expandierenden Grossunternehmungen, dem ganzen unternehmerischen Kapital. Dieses will nicht zusehen, wie grosse Teile der Löhne und Lohnerhöhungen stets durch die Mietpreiserhöhungen verschluckt werden, welche zum Teil den Landbesitzern zugute kommen, diesen kleinen Auch-Kapitalisten, deren Interessen und Lebensweise so wenig mit jenen der grossen Unternehmer gemein haben. Während der Grossunternehmer und der Stadtpräsident auf die Suche nach nicht bebaubarem Bauland gehen, versucht der Bund, den inneren Widerspruch in anderer Weise in Einklang zu bringen: durch seine Autobahnen will er Bauland von weither in die Erreichbarkeit der Grossstädte bringen. Nur schade, dass die Rechnung nicht voll aufgeht, weil diese Lösung uns Widersprüche an anderer Stelle beschert, beispielsweise durch die Aufsprengung der Innenstädte infolge des gewaltsam wachsenden Motorverkehrs.

Eine neue Durchmischung

Von Beat Bürcher

Das wachsende Bedürfnis nach einer neuen funktionalen Durchmischung scheint vorerst kaum mehr zu sein als eine romantisierende Rückkehr zur durchmischteren Stadtstruktur feudalistischer und bürgerlich-handwerklicher Zeitepochen.
In der Forderung nach einer neuen Durchmischung liegt aber zugleich die Forderung nach einer Beeinflussung und Veränderung der Prozesse innerhalb unseres Wirtschaftssystems und seiner Randbedingungen. Die Forderung bedeutet eine Neuformulierung der gesamten Stadtfunktion, nämlich eine Abkehr von der bisherigen Hauptfunktion unserer Städte, Standorte maximaler privater Profitraten im Kapitalverwertungsprozess zu sein. Die Forderung postuliert gleichsam eine Sozialisierung der Stadtfunktion, eine Nutzungsorganisation des Stadtraums nach kollektiven gesellschaftlichen Bedürfnissen.
Wie aber könnte eine solche Neudurchmischung aussehen, und wo gibt es Ansatzpunkte, um einen Neudurchmischungsprozess einleiten zu können? Heute neue Durchmischung verlangen, kann nicht in erster Linie heissen, zentrale Stadtbereiche in Wohnzonen zu verwandeln, sondern vor allem:

- in den heutigen Cityrandgebieten den Entmischungsprozess aufzuhalten, die Wohnungsverdrängung wie auch die Spezialisierung des Wohnungsangebotes auf Klein- und Kleinstwohnungen zu verhindern, die Zunahme von Arbeitsplätzen zu erschweren und die Zusammensetzung der Arbeitsplätze selektiv zu steuern sowie eine altersmässig gemischte Bautenstruktur zu erhalten;
- in die Stadt- beziehungsweise Agglomerationsrandgebiete ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot zu integrieren;
- den vorhandenen öffentlichen Strassenraum für den öffentlichen Verkehr optimal zu nutzen.

Einige Entwicklungstrends sollten diesen Forderungen eigentlich entgegenkommen:

- die emissionsfreien Arbeitsplätze des Dienstleistungssektors erleichtern die Durchmischung;
- die technologische Entwicklung der Kommunikationsmittel kommt einer Dezentalisation der Arbeitsplätze entgegen;
- die Aktivierung der Frauen für produktivere Arbeit scheint einer wirtschaftlichen Notwendigkeit zu entsprechen und läuft - wenn auch anders motiviert - den emanzipatorischen Forderungen der Frauen selbst parallel, die für ihre Realisierung eine räumliche Nähe von Wohnplatz und Arbeitsplatz voraussetzen.

Die Realisierung einer neuen Durchmischung kann uns aber vom Regen der heutigen Zustände in die Traufe technokratischer Verteilmodelle und bürokratischen Dirigismus führen, wenn es nicht gelingt, gleichzeitig neue demokratische Entscheidungsabläufe zu schaffen, die allen Betroffenen eine echte Chance geben, mitzuentscheiden, und zwar

- über eine Delegation von Entscheidungskompetenzen über die Gestaltung und Nutzung der täglich erleb- und erfahrbaren Umwelt auf der Quartierebene mit einem institutionalisierten Mitbestimmungsrecht für die Mieter sowie
- über die Realisierung einer umfassenden Mitbestimmung der Lohnabhängigen im Produktionsbereich, womit unter anderm etwa bei der Standortwahl von neuen Arbeitsplätzen ganz neue Prioritäten Bedeutung erhalten können.

Wenn wir die Stadtfunktion neu formulieren wollen und funktionale Durchmischung anstreben, so können solche Ansätze dazu dienen, in einem langsamen, aber kontinuierlichen Prozess neue Nutzungsorganisationen für den Stadtraum zu finden, die kollektiven gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen und auch unseren Kindern noch der Weiterentwicklung wert erscheinen.

Was wir tun können. Thesen zur Sebsthilfe

Von Luzius Theiler

- Planungsfragen sind politische Fragen!
- Die politische Bedeutung der Planung können wir am besten dort aufzeigen, wo die konkreten Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung unberücksichtigt bleiben.
- Auf örtlicher Ebene sind meistens die Widersprüche in unserer offiziellen Planung am sichtbarsten. Beginnen wir daher in unserm Dorf, in unserm Quartier, in unserm Stadtteil.
- Am Anfang kann eine spontane Protestaktion stehen. Daraus entsteht dann etwas Dauerhaftes; eine "Bürgerinitiative für Planungsfragen" zum Beispiel als Gegenmacht zur bestehenden Macht.
- Je lokaler wir unsern Aktionsbereich abgrenzen, desto weniger sind wir vom Wohlwollen der Presse und von finanziellen Mitteln abhängig.
- Information ist die wichtigste Voraussetzung für jede Aktion.
- Auf diese Information haben wir Anspruch, schliesslich wählen wir unsere Behörden - nicht umgekehrt.
- Die verantwortlichen Politiker müssen uns deshalb sagen, was sie mit uns und unserer Umgebung vorhaben. Wir veranstalten deshalb regelmässig Hearings über Planungsfragen.
- Mit gezielten Fragen versuchen wir, den zur Diskussion stehenden Einzelplan in den politischen Zusammenhang zu stellen. Zum Beispiel: Wie verträgt sich die vorgesehene Strassenverbreiterung mit dem Postulat der verkehrsfreien Innenstadt? Oder: Warum sind bei der neuen Ueberbauung mehr teure als billige Wohnungen vorgesehen?
- Nun können wir ein Alternativkonzept ausarbeiten.
- Lassen wir uns nicht für dumm ver-

kaufen! Die Behörden werden sagen, wir müssten ein detailliertes Gegenprojekt aufstellen. Das ist aber Sache der Verwaltung. Wir müssen nur die Grundlagen dazu liefern. Also klar formulierte politische Zielvorstellungen. Mit andern Worten: Beschreibungen, nicht Zeichnungen oder Pläne.
- Beim ersten Male werden wir kaum Erfolg haben. Wir sind zu spät gekommen. Der alte Plan hat schon viel Geld gekostet. Weitere Sachzwänge werden angeführt. Und es müsse endlich etwas gehen...
- Ueberhaupt werden wir mit punktuellem Eingreifen nur von Zeit zu Zeit etwas erreichen.
- Auf die Dauer müssen wir mehr verlangen.
- Die von der Planung betroffene Bevölkerung muss von Anfang an am Planungsprozess beteiligt sein:
- bei der Feststellung der Bedürfnisse,
- bei der Formulierung der Planungsziele,
- bei der Zusammenstellung der Planungsgrundlagen,
- bei der Beurteilung der Planungswettbewerbe oder der von der Verwaltung ausgearbeiteten Planungsvarianten.
- Ohne Varianten gibt es keine demokratische Planung.
- Eine demokratische Planung jedoch widerspricht den Interessen derjenigen, die heute entscheiden.
- Wenn wir keinen Erfolg haben, dann versuchen wir einmal festzustellen, wo die interessenmässigen Verflechtungen liegen! Wem gehört das Land? Welches sind die "guten Steuerzahler"? Wer ist politisch einflussreich? So wird oft manches klar.
- Im übrigen: es gibt Zeitungen, die haben Interesse für neue Experimente. Und es gibt andere Zeitungen, die haben wenigstens Interesse an ihren Abonnenten. Schreiben wir Artikel und Leserbriefe!
- Ebenso gibt es Politiker, die bereit sind, unsere Ideen zu vertreten. Aus Begeisterung - oder auch nur, weil sie wiedergewählt werden wollen.
- Wenn wir Erfolg haben, wird unser Beispiel Schule machen.
- Dann können wir mit andern, ähnlichen Bürgeraktionen zusammenarbeiten, um in einem grössern Gebiet etwas zu erreichen.
- Und was viel wesentlicher ist: dann haben wir eine Basis geschaffen für eine fundamentale Neuorganisation unseres Gemeinwesens im Sinne einer radikalen Demokratie.

Das Fernziel des SWB-Planteams: die Stadt von morgen ist die Stadt für alle

Im Frühling 1970 entstand das Basler SWB-Planteam, das vor allem bekannt wurde durch seine periodischen Artikel in der "National-Zeitung", von denen nun bald der dreissigste erschienen sein wird. Der Name "Planteam" ist eigentlich irreführend; das Team plant nicht, sondern es befasst sich mit Plänen. Die verfahrene Situation vieler städtischer Planungen, im speziellen hier der stadtbaslerischen, bringt es mit sich, dass der Durchbruch zur besseren Planung vor allem einmal über die Ablehnung der bestehenden geht. Unsere städtischen Planungen beruhen noch in solchem Masse auf dem Glauben an die totale doppelte Erschliessbarkeit aller Standorte für das Auto und für das Tram und im grösseren Rahmen auf dem Glauben an die Unbegrenztheit des wirtschaftlichen Wachstums und der Tragfähigkeit der Umwelt, dass zunächst einmal dem Bürger ganz einfach die Konsequenzen dieser Planung begreifbar gemacht werden müssen, damit er sie ablehnen hilft. Die Arbeit des Planteams bewegt sich also auf zwei Ebenen: zum Selbstgebrauch erarbeitet und diskutiert es die grossen Zusammenhänge und den gesamten planerisch-politischen Hintergrund; in seinen Publikationen aber befasst es sich punktuell mit Gefahren und Fehlentscheidungen des alltäglichen Planungsgeschehens.

Die interne Hintergrundarbeit endet nicht in einem eigenen umfassenden städtischen oder regionalen Plan; nicht einmal in einem sogenannten Leitbild. Vielmehr bemüht sich das Team um planungstheoretische Erkenntnisse und Methoden. Zu seinen Erkenntnissen gehört erstens die Auffassung, dass Planung prozessual voranschreitet und dass einmal gefasste Entscheidungen ständiger Ueberprüfung und Anpassung bedürfen. Zum zweiten denkt das Planteam, in Uebereinstimmung mit der modernen Planungstheorie, dass in jeder Phase der Planung Entscheidungen getroffen werden, die zur Diskussion und Neuformulierung hoher gesellschaftlicher Ziele zwingen, dass es also falsch ist, eine einmal beschlossene Planung ablaufen zu lassen wie eine Spieluhr. Und zum dritten meint das Planteam, dass unsere Planer und Politiker ihre Entscheidungen meist dann als besonders "mutig" bezeichnen, wenn sie die Konsequenzen derselben nicht übersehen, und dass es in vielen Fällen weit grösserer Zivilcourage bedürfte, die Entscheidung so lange hinauszuschieben, bis die wahrhaft von der Planung betroffenen Menschen sich ihrer Lage bewusst werden und mitsprechen.

Was nun die Arbeit auf der Ebene des planerischen Alltags anbelangt, ist es nicht schwer, dem Bürger entsprechende Beispiele und Themen vorzulegen. Die Totalerschliessung der Stadt und die damit bezweckte oder wenigstens verbundene Auffüllung der inneren City mit Dienstleistungsbetrieben führt zu solchen Widersprüchen, dass bald jeder davon betroffen ist. Diese Widersprüche häufen sich in Basel naturgemäss, seit ein Teil der früher als "Gesamtkonzeption" gerühmten Expressstrassenerschliessung gescheitert ist und der Rest der Konzeption dennoch durchgeführt wird. Die Automobilströme, die vom südlichen Expressstrassenring hätten aufgefangen werden sollen, ergiessen sich demnächst via Aeschenplatz oder Bahnhof auf den "Cityring", der seinerseits zwischen den Bauten des Kantonsspitals hindurchbraust. Der Bürger bemerkt diese Widersprüche vorläufig erst an gewissen äusseren Zeichen: die Abholzung der Grünanlagen im Spitalgebiet hat mehr Menschen die Augen geöffnet als die überflüssige Strassenkorrektion bei St.Jakob.

Das Planteam fragt sich manchmal: Bildet das Auto den Mittelpunkt unserer Fehlplanungen? - Nein, es ist vielmehr deren Folge. Die Massierung von Arbeitsplätzen und Dienstleistungsbetrieben in der abgeriegelten Innenstadt lässt zwangshaft die falsche Alternative aufscheinen: entweder Shopping-centers drausssen im Grünen oder Tiefgaragen in der Innenstadt. Im Rahmen dieser falschen Alternative ist es folgerichtig, wenn das Basler Stadtplanungsamt die Konsequenzen aus dem Gutachten Rotach betreffend die Tiefgaragen der chemischen Industrie in ihr Gegenteil umdeutelt, wenn den neuen Kaufhäusern Verkaufs- und Garagenfläche im abgeschnürtesten Teil der Altstadt zugespielt werden soll und wenn den Generaldirektionen der Grossbanken (BIZ und SBV) weitreichende Ausnahmebewilligungen gewährt werden.

Bei der notwendigen Korrektur der baselstädtischen Planungen ist die schlechte Finanzlage der Stadt geradezu eine Hilfe. Nachdem ein Theater erstellt worden ist, das aus finanziellen Gründen nicht bespielt werden kann, und ein Krankenhaus entsteht, bei dem weder die Finanzierung noch die Belegung sichergestellt sind, könnte bezüglich einiger weiterer Projekte die Vernunft einkehren. Basel ist eine zentralistisch regierte Stadt: es hat keine offiziellen Organe auf dem Niveau des Quartiers; es ist auch eine monopolistische Stadt: seine Oekonomie ist hochgradig mit drei einem einzigen Wirtschaftszweig angehörigen Industrien verbunden. Wenige Menschen bestimmen so über das Schicksal der Gesamtheit. Das Planteam glaubt nicht, dass es seine Eingriffe in die Planung auf der Ebene der Entscheidungsträger vornehmen soll. Wiewohl vorläufig vielleicht im stillen Kämmerlein bei einer guten Zigarre mehr erreicht werden kann als in der Oeffentlichkeit, bekennt sich das Planteam zur allgemeinen Partizipation. Es ist davon überzeugt, dass sich bei wachsender Betroffenheit des Bürgers durch Planungsvorgänge eine gesteigerte Mitsprache einspielen wird und dass über kurz oder lang auch die Gremien in den Hinterzimmern auf den Bürgerwillen hören müssen. In manchen Grossstädten, wie jüngst in Zürich, hat das Volk grossangelegte Fehlplanungen durchkreuzt. Diese Strömung aufzufangen und in ein für die Stadt positives Fahrwasser zu lenken ist das Fernziel des Planteams.

Gesprächsteilnehmer: Max Alioth, Werner Blaser, Annemarie und Lucius Burckhardt, Christian Haefliger, Hans und Moritz Zwimpfer vom Planteam SWB.

Nummer 32 der SWB-Kommentare
September 1973

Herausgeber: Schweizerischer Werkbund, Rieterstrasse 15, 8002 Zürich, Telefon 01/25 86 60

Redaktion: Ruedi Jost, Röslibrunnenweg 6, 8006 Zürich, 01/26 94 24